Gießener Anzeiger vom 29.06.2009

„Derzeitige Regelung bietet keine faire Chance“

Podiumsdiskussion zu Bleiberecht und Duldung von Flüchtlingen in der Luthergemeinde

GIESSEN (fod). Der Stichtag 31. Dezember 2009 rückt immer näher: Falls in Deutschland lebende Flüchtlinge bis zu diesem Tag keine ausreichende Lebensunterhaltssicherung nachweisen können, droht ihnen der Entzug der Aufenthaltserlaubnis und die Abschiebung. „Wie geht es weiter mit der Bleiberechtsregelung?“ lautete daher die Frage bei der Podiumsdiskussion, zu der der Ökumenische Arbeitskreis Flüchtlinge Gießen in die Luthergemeinde eingeladen hatte.

Nachdem schon kirchliche Wohlfahrtsverbände in Hessen eine Verlängerung der Bleiberechtsregelung und ein Ende des Zustands der Duldung gefordert hatten, wurde dies von fast allen Teilnehmern noch einmal bekräftigt. Moderiert vom evangelischen Dekan Frank-Tilo Becher und dem evangelischen Flüchtlingsseelsorger Pfarrer Hermann Wilhelmy entspann sich nach musikalischer Einleitung durch die Trommelgruppe „Die Erde“ eine lebhafte Diskussion mit den Zuhörern, wobei Gießens FDP-Landtagsabgeordneter Wolfgang Greilich angesichts des Fernbleibens der CDU die Regierungsposition alleine vertreten musste.

Wie dramatisch die Situation für viele Flüchtlinge ist, führten Katja Ossenkop und Christoph Rettler von der Initiative „Bleib in Mittelhessen“ vor Augen. „In der aktuellen Wirtschaftskrise gibt die derzeitige Regelung den Betroffenen keine faire Chance“, monierte Rettler. Denn wenn schon Deutsche Probleme hätten, in ein Beschäftigungsverhältnis zu gelangen, sei dies für Flüchtlinge noch viel schwieriger.

„Wir empfehlen daher, alle unternommenen Anstrengungen zu dokumentieren, und vermitteln Qualifikationsmöglichkeiten, zum Beispiel einen Sprachkurs oder auch einen Gabelstapler-Führerschein“, berichtete Katja Ossenkop. Und Hildegund Niebch vom Diakonischen Werk geht „fest davon aus, dass viele die geforderte Lebensunterhaltssicherung schon jetzt nicht mehr erfüllen können“. Denn diese beinhalte, dass sie in den letzten zwei Jahren mehrheitlich in einem Arbeitsverhältnis gewesen sein müssten. Komme es zu einer Abschiebung, drohe den Familien häufig Gefahr für Leib und Leben, da in zahlreichen Heimatländern Bürgerkriege oder Verfolgung herrschten, machten sie auf die Dringlichkeit einer politischen Lösung aufmerksam.

Wie Wolfgang Greilich berichtete, hat die Zahl der geduldeten Flüchtlinge in Hessen von ehemals 5400 auf heute 1700 abgenommen, nachdem 3700 nach der letzten Änderung im Bleiberecht „nun über einen gesicherten Status“ verfügten. Während sich der FDP-Politiker für eine Fristverlängerung um ein Jahr aussprach, sei es laut dem SPD-Landtagsabgeordneten Gerhard Merz „unter dem humanitären Aspekt dringend geboten, den Menschen eine dauerhafte Perspektive in unserem Land zu bieten“. Vor allem vermisste er eine „vernünftige Altfallregelung“ und kritisierte, dass die neu gewählte Landesregierung die Härtefallkommission schon nach siebenmonatigem guten Funktionieren neu besetzen wolle. Und das bei den Abgeordnetenplätzen mit dreien der Koalition, aber nur zweien der Oppositionsparteien, wie Mürvet Öztürk, Landtagsabgeordnete von Bündnis90/Die Grünen, hinzufügte.

„Wir brauchen einen anderen Geist“, meinte sie im Hinblick auf den Umgang mit Flüchtlingen, zumal auch der demografische Wandel dies verlange. Greilich verteidigte die Entscheidung und verwies darauf, die schon früher mit Abgeordneten besetzte Kommission habe in jedem Fall nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht. Wie Öztürk forderte auch Merz, die kommunale Ebene stärker als bisher mit einzubeziehen, da die betroffenen Familien mitten unter uns lebten. Hinsichtlich der Verlängerung der Frist nach dem 31. Dezember sei er jedoch nicht optimistisch.

Beleuchteten das Thema der Bleiberechtsregelung (v.l.): Frank-Tilo Becher, Gerhard Merz, Mürvet Öztürk, Wolfgang Greilich und Hermann Wilhelmy. Bild: Docter.